

# Ein Ende mit Schrecken

## Lehren aus der bundespolitischen Neubauförderung

Elisabeth Staudt

Am 24. Januar 2022 machte Klimapolitik im Gebäudesektor Schlagzeilen wie selten zuvor. Was war passiert? Das Klimaministerium erklärte mit sofortiger Wirkung einen Antragsstopp für Neubau- und Sanierungsprojekte der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG). Der mediale Aufschrei war groß. Ausgerechnet das grüne Klimaministerium kappte in einer scheinbar überstürzten Aktion die staatliche Unterstützung für vermeintlich klimafreundliche Gebäude. Doch wer sich mit der Fördersituation bereits vor der aktuellen Krise beschäftigt hat, fragt sich nur eines: Warum hat das Ministerium mit diesem Schritt so lange gewartet?

Die klimapolitische Förderung im Gebäudesektor hat in den letzten Jahren zahlreiche Veränderungen durchlaufen, verschiedene Förderprogramme wurden bspw. unter dem Dach der Bundesförderung für effiziente Gebäude zusammengeführt. Insgesamt aber hat sich an der grundlegenden Systematik wenig geändert. Die Förderung ist so konzipiert, dass sie Bau- und Sanierungsvorhaben staatliche Unterstützung zur Seite stellt, wenn diese über die gesetzlich geforderten energetischen Mindestanforderungen hinausgehen. Ganz klassisch sollen so Verbesserungen bei der Energieeffizienz von Gebäuden erreicht und der Einsatz von erneuerbaren Wärmequellen gefördert werden. Diese können dann nach wenigen Jahren die Basis für neue gesetzliche Anforderungen sein. Dieses Zusammenspiel hat über Jahrzehnte bei der energetischen Weiterentwicklung von Gebäuden gut funktioniert, bis die Große Koalition das gesamte System ins Wanken brachte. Entgegen aller Kritik und trotz europarechtlicher Vorgaben wurden die Anforderungen an Neubauten und Sanierungen seit fast zehn Jahren nicht mehr angehoben.

### Fördern zum Fenster hinaus

Die weitreichenden Konsequenzen dieser Entscheidung waren in den letzten Jahren im Gebäudesektor besonders deutlich zu spüren. Die Energieverbräuche und CO<sub>2</sub>-Emissionen stagnieren seit Jahren. Gerade mit Blick auf die langjährigen Investitionszyklen war schnell klar: Der Sektor wird eines der großen Sorgenkinder der Energiewende. Besonders in den Verhandlungen um das Klimaschutzgesetz mit seinen jahresscharfen Sektorzielen wurde deutlich, dass der Gebäudesektor bei der Emissionsminderung nicht auf Zielkurs ist. Schnelle Antworten mussten her. Wegen der ordnungsrecht-

lichen Verweigerungspolitik der Großen Koalition blieb hier nur eine Handlungsoption übrig: Anreize, sprich die Förderung. So kam es 2020 zu einer deutlichen Anhebung der Fördersätze. 2021 wurden neben der Kreditförderung auch direkte Zuschüsse für alle Förderprogramme möglich.

Vor allem im Neubau ein fatales Signal. Für Baustandards, die bereits über Jahre etabliert waren und zu faktisch keinen Mehrkosten realisierbar sind, winkt der Staat mit üppigen Zuschüssen. Der Ansturm auf die Gelder war vorprogrammiert. Selbst das Bundesfinanzministerium (damals unter der Leitung von Olaf Scholz) und der Bundesrechnungshof warnten ausdrücklich vor diesem Vorgehen. Die Bundesregierung kündigte deshalb bereits 2021 ein Förderende für Teile der Neubauprogramme (speziell die Förderung des sog. EH55-Standards<sup>1</sup>) an.



## Ein historischer Run auf die Fördergelder

Die Mischung war perfekt: Im Vorfeld des angekündigten Förderstopps für den EH55-Neubaustandard zum 31.01.2022 kam es zu einem beispiellosen Ansturm auf die Anträge. Die völlig überholte und klimapolitische absolut fragwürdige Neubau-Subventionierung der Bundesregierung hatte in wenigen Tagen die Fördermittel für den Klimaschutz im Gebäudesektor für ein ganzes Jahr abgeräumt. Ein Großteil dieser Anträge wurde übrigens entgegen vieler öffentlicher Verlautbarungen von Unternehmen gestellt.<sup>2</sup> Spätestens in den aktuellen Haushaltsverhandlungen müsste allen deutlich werden, wie sehr diese Milliarden für andere Projekte fehlen werden. Denn die schwarze Null bleibt für die klimapolitischen Ausgaben eisernes Gebot aus dem Finanzministerium.

## Heftiger Dämpfer für die Aufholjagd im Gebäudesektor

Wie kann es nun weitergehen? Der Reformbedarf für die öffentlichen Förderprogramme im Gebäudesektor sollte nicht erst seit dem großen Knall im Januar unübersehbar sein. Wichtigstes Grundprinzip der Überarbeitung sollte dabei eine Neuausrichtung der Fördersystematik an dem Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2045 sein. Konkret braucht es einen klaren Fokus auf die energetische Ertüchtigung der Bestandsgebäude und Unterstützung ausschließlich für erneuerbare Wärmeversorgung. Auch wenn das Klimaministerium dieser Maßgabe sicherlich öffentlich zustimmen würde, kommt die entsprechende Umstrukturierung

der Programme bisher kaum voran. Die Sanierungsförderung wurde zwar wiedereingesetzt, bisher aber zu unveränderten Konditionen. Das wird sicherlich nicht ausreichen für die lange überfällige Anhebung der Sanierungsraten in Deutschland. Am dringendsten sind die schnellstmögliche Fokussierung der Förderung auf die energetisch am schlechtesten abschneidenden Gebäude und die bessere Anreizwirkung für klimazielfunktionale Sanierungen. Das Gleiche gilt im Übrigen im Heizungsbereich. Dass es im Jahr 2022 noch immer üppige Fördergelder für den Einbau von Heizungssystemen gibt, die mit fossilem Erdgas betrieben werden, dürfte nicht nur Umweltverbände fassungslos machen.

Auch wenn es zahlreiche Willensbekundungen gibt, gemessen wird die neue Bundesregierung an ihrem Umsetzungstempo. Das lässt im Gebäudesektor bereits jetzt zu wünschen übrig. Während der Bau neuer LNG-Terminals in Windeseile mit staatlichen Milliarden-Zusagen vorangetrieben wird, herrscht in Sachen Energieeffizienz Schweigen im Walde. Konkrete Maßnahmen im Klima-Sofortprogramm wurden unauffällig vom Frühjahr in den Sommer verschoben. Es macht sich das ungute Gefühl breit, dass die Regierung bereits in den ersten 100 Tagen das Klimaversagen im Gebäudesektor in Kauf genommen hat.

- 1 <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/Das-Effizienzhaus/>
- 2 <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2022/02/2-55.pdf>



Elisabeth Staudt zerbricht sich den Kopf zu Fragen des Klimaschutzes im Gebäudesektor und erneuerbarer Wärmeversorgung als Referentin bei der Deutschen Umwelthilfe.

Bild © Klein/DUH

Dieser Text ist Teil des

**Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022**

## **WAS KOSTET DIE WELT?**

**NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME**



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:  
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>